Mittag=Ausgabe.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerber= u. Breitestr.=Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen=Expeditionen
Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.=G.,
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Nr. 155

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, anden auf die Sonn= und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn= und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 2. März.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

55. Sitzung vom 1. März, 1¼ Uhr.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf, betreffend die Aenderung des Gesetzes, betreffend den Unterstützungs=Wohnsitz, und die Ergänzung des Strafgesetzbuchs.

Die zweite Berathung des Reichshaushaltsetats für 1893/94 wird beim Etat des Auswärtigen Amtes (Besoldungen der Beamten in den Schutzgebieten) fortgesetzt.

Abg. **Samhammer** (dfr.) theilt mit, daß jüngst zwei seiner afrikanischen Freunde bei ihm gewesen seien, die seit 20 Jahren an der Westküste von Afrika eine lebhafte Faktorei unterhielten. Beide hätten unser Kolonialsystem aufs schärfste verurtheilt. Unser ganzes Kolonialsystem kranke daran, daß man Leute ohne Kenntniß der afrikanischen Verhältnisse (Unteroffiziere und Verwaltungsbeamte) nach Afrika geschickt und die dort ansässigen deutschen Geschäftsleute nicht in „Form einer „Notabeln=Versammlung" zu Rathe gezogen und deren praktische Erfahrungen nicht benutzt habe. Man habe namentlich den Charakter des Negers, besonders sein stark entwickeltes Rechtsgefühl, verkannt und das traditionelle afrikanische Recht vielfach mißachtet. Es sei das eine Folge des bureaukratischen Regimes in unseren Kolonien, das ganz übersehe, daß in Afrika jeder Strauch, jeder Baum, jedes Land einen Besitzer habe. Wenn aus den Kolonien etwas werden solle, müsse mit dem jetzigen Verwaltungssystem gebrochen und ein engerer Verkehr mit den sachverständigen Notabeln angebahnt werden.

Wirkl. Geh. Leg.=Rath **Dr. Kayser** erwidert, was der Vorredner bemängele, sei bereits vorhanden. In Kamerun und Togo beständen Handelskammern, die in allen wesentlichen Fragen gehört würden. Seit zwei Jahren bestehe ein Kolonialrath, in welchem die Notabeln Sitz und Stimme hätten. In wesentlichen Dingen werde nichts gethan, was nicht der Kolonialrath vorher begutachtet habe. Es werde keine Expedition ins Innere unternommen, ohne daß vorher Sachverständige zu Rathe gezogen würden. Eingehend vertheidigt der Redner sodann den Gouverneur von Kamerun gegen die in einem Theil der Presse laut gewordenen Klagen über dessen angeblich bureaukratisches Regiment, das angeblich das Mißlingen der Dr. Zintgrafschen Expedition verschuldet habe. Er beleuchtet besonders die Zintgrafschen Beschwerden, wonach im nördlichen Hinterland von Kamerun nur durch Schuld des Gouverneurs durch Krieg die meisten Dörfer an der Karawanenstraße Baliburg=Mundame vernichtet worden, und die Station Baliburg aufgegeben sei. Dr. Zintgraf sei zwar ein verdienter Mann, aber er suche zu Unrecht die Schuld für das Mißlingen seiner Expedition auf die Schultern des Gouverneurs abzuwälzen. Die Balis seien arbeitsunlustige, räuberische Leute, und man könne sie unmöglich, wie Zintgraf vorgeschlagen, zur Elite und zum Kern der Schutztruppe verwenden. Da würde man aus dem Regen in die Traufe kommen. Herr Zintgraf habe auch nicht das Recht, den Hauptmann Gravenreuth, der den Heldentod für Kaiser und Reich gestorben, mit Spott und Hohn zu überschütten. (Beifall.) Er sei weit entfernt, zu behaupten, daß unsere Beamten in Afrika allen Anforderungen genügten, aber unsere Kolonien seien noch jung, und unsere Beamten würden noch viel lernen. Es komme jetzt nicht mehr darauf an, große Expeditionen ins Innere auszurüsten, sondern das Gewonnene mit Fleiß und Sparsamkeit zu verwalten. Würden Expeditionen nothwendig, so werde sie der Gouverneur arrangiren; Privatpersonen werde man damit schwerlich weiter betrauen. Man werde dann vielleicht weniger von Afrika sprechen, aber das werde vielleicht nützlicher sein sowohl für die Entwickelung der Kolonien selbst, als auch für das Reich. (Beifall).

Abg. Dr. **Bamberger** (dfr.) erklärt, seine Partei werde keine Anträge stellen, da sie deren Nutzlosigkeit einsehe. Das müsse er aber heute wieder konstatiren, daß die ganze Kolonialpolitik Deutschland bis jetzt nichts eingebracht habe als Opfer an Zeit, Kraft, Menschen und Geld. Diese Erfahrung machten wir in allen unseren Kolonien. Das vom Vorredner entrollte Bild über das Verhältniß zwischen Dr. Zintgraf und dem Gouverneur von Kamerun ist doch recht bezeichnend. Wem solle man da wohl Recht geben? Afrika werde eben nicht mit Unrecht der dunkele Welttheil genannt, und unklar sei auch das Verhältniß der einzelnen Verwaltungsorgane. Man verweise auf den Kolonialrath; derselbe bestehe zwar aus friedlichen Männern, von denen aber kaum einer in Afrika gewesen sei, und denen zumeist alle Sachkenntniß abgehe. Er halte nach wie vor unsere Kolonialpolitik für ein, einem momentanen Irrthum entsprungenes Versehen, das bedenkliche Folgen habe, und für welches er die Verantwortung ablehne.

Abg. Graf **Arnim** (Rp.) meint, der Vorredner übersehe ganz, daß Frankreich, England, ja selbst Portugal z. B. eifrig bemüht seien, Afrika aufzutheilen. Da könne Deutschland nicht zurückbleiben, namentlich angesichts der handelspolitischen Bedeutung, die Afrika demnächst für Europa gewinnen werde. Wenn Herr Bamberger Minister werden sollte, würde er schwerlich die Kolonien preisgeben, denn er werde es doch nicht machen wie die Herren nach 1848, welche die deutsche Flotte verauktionirten. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Bamberger** (dfr.) erwidert, daß, wenn er Minister wäre, er jedenfalls die Kolonien so schnell wie möglich losschlagen würde. Wenn er sie nicht sofort los werden könnte, würde er wenigstens diejenigen, die uns hineingeritten hätten, nämlich die Mitglieder der Kolonialgesellschaft, ordentlich zu den Lasten heranziehen. (Beifall links.)

Abg. Graf **Arnim** (Rp.) bemängelt die sogenannte Damaraland=Kommission im südwestafrikanischen Schutzgebiet. Da die Betheiligung des Großkapitals an südwestafrikanischen Unternehmungen bisher recht gering war, so hat sich in letzter Zeit unter Führung deutscher Kapitalisten eine kapitalkräftige Gesellschaft unter der Firma South West Afrika Co. in London gebildet, die das herrenlose zwischen Herero= und Ovamboland gelegene Gebiet zu besiedeln und nutzbar zu machen beabsichtigt. Von der Regierung ist ihr hierzu eine Konzession (Damaraland=Konzession) für dieses Gebiet verliehen worden. Die Gesellschaft hat bereits mit der Entsendung von Expeditionen zum Zweck der bergbaulichen Erforschung des ihr zugetheilten Bezirks und zu Vorarbeiten für eine Eisenbahn der Küste begonnen. Graf Arnim bedauert, daß die betreffenden Verträge, an deren Kenntniß der Reichstag ein Interesse habe, dem Kolonialetat nicht beigegeben sind. Er befürchtet mit dieser britischen Gesellschaft ernstliche Reibungen, weil die englischen und deutschen kapitalistischen Interessen bald kollidiren würden. Redner findet, daß bei der Ertheilung der Damaraland=Konzession das Interesse des Vaterlandes nicht hinreichend gewahrt sei.

Reichskanzler Graf **v. Caprivi:** Die letzte Bemerkung des Vorredners enthält einen Vorwurf von ungewöhnlicher Schwere, für den ich aber die Begründung vermisse. Zehn Jahre haben wir auf die Ansiedelung in Westafrika gewartet, aber es ist nichts geschehen, und so sahen wir uns genöthigt, auch englisches Kapital ins Land zu lassen, um endlich einen Zustand herbeizuführen, der überhaupt des Schutzes werth ist. Ich habe der Konzession zugestimmt, weil wir Südwestafrika einmal haben und es halten werden und halten müssen, und weil, wenn wir Geld ausgeben, etwas da sein muß, von dem wir mit der Zeit hoffen dürfen, daß es die Kosten wieder einbringt. Im vorigen Sommer wurde uns mitgetheilt, daß eine Verstärkung der südwestafrikanischen Schutztruppe nothwendig sei, weil Witboy, eine Mischung von Prophet und Soldat, geneigt sei, sich mit den Hereros zu verständigen, bisher sind wir mit der geringen Schutztruppe von 50 Mann ausgekommen, weil wir die Hereros gelegentlich gegen Witboy und umgekehrt diesen gegen die Hereros ausspielen konnten. Wenn beide sich verständigen, wird unsere Lage schwieriger. Wir mußten also eine Verständigung der Hereros mit Witboy ins Auge fassen und außerdem die schwierige, zeitraubende Verbindung mit Südwest=Afrika (Kameelpost — Walfischbay — Kapstadt) in Erwägung ziehen. Ich habe deshalb in aller Stille auf eigene Verantwortung unter Ueberschreitung des Etats die kleine Veste unserer Schutztruppe entsprechend verproviantiren und armiren und die Schutztruppe selbst auf 250 Mann erhöhen lassen. Diese Truppe dürfte hinreichen, um die Feinde abzuhalten und die weißen Ansiedler zu schützen. Wir wollen keinen Krieg, wollen uns unblutig zu Herren des Landes machen, aber wir haben jetzt Westafrika, es ist deutsches Land und muß als solches gehalten werden. (Beifall.) Ich habe sodann Untersuchungen anstellen lassen, ob wir nicht an Stelle der Walfischbai einen anderen Hafen finden können. Die Walfischbai ist jetzt der einzige Schutzhafen, ein schmutziger Ort mit wenig Hütten und etwa 36 Einwohner. Der Hafen hat für uns den negativen Werth, daß er englisch ist, aber er droht in absehbarer Zeit zu versanden. Ich habe deshalb den Hauptmann François angewiesen, eine andere Landungsstelle auf deutschem Boden zu suchen. Die Landung ist an der gesammten Küste von Westafrika wegen der starken Brandung überaus schwierig, und es müssen dazu besondere mit Krunegern bemannte Boote verwendet werden. Nach den mir neuerdings zugegangenen telegraphischen Nachrichten ist ein solcher Landungsplatz bereits aufgefunden. Mit dem Herrn Grafen Arnim möchte ich wünschen, daß die Besiedlung Westafrikas rasch erfolgt. Bisher ist es leider nicht der Fall gewesen. Wo freilich Ansiedelungsversuche gemacht wurden, sind sie nicht ungünstig ausgefallen. Es haben sich besonders zahlreiche Boeren zur Ansiedlung bereit erklärt, der Hauptmann François hat aber kein rechtes Vertrauen in ihre agrarische Leistungsfähigkeit gesetzl. Für ihre Zulassung spricht indeß Manches. Freilich möchte ich von der Zulassung einer größeren Zahl abrathen, denn die Leute haben ein sehr starkes Unabhängigkeitsgefühl, und ob bei einem solchen eine Schutztruppe von 250 Mann ausreichen würde, möchte ich bezweifeln. Die Boeren beanspruchen außerdem ein eigenes Recht und eigene Verwaltung. Wir werden deshalb wohl thun, wenn wir uns zunächst auf einen Versuch beschränken. Jedenfalls dürfen wir hoffen, daß nunmehr die Besiedelnng Westafrikas in ein rascheres Tempo geräth. Seitens der Regierung wird geschehen, was möglich ist.

Abg. Dr. **Hammacher** (natl.) findet, daß die Regierung sich etwas spät entschlossen, etwas für Westafrika zu thun. Seit zehn Jahren sei so gut wie nichts geschehen, und daher ein gewisser Zustand der Erstarrung eingetreten. Der Reichskanzler habe aber kein Recht, sich über Stagnation zu beschweren, weil deutscherseits namhaftes Kapital auf Westafrika verwendet worden sei, wenn auch nicht immer mit großem Geschick. Was nun die Damaraland=Konzession betreffe, so sei dieselbe ertheilt worden, ohne genügende Rücksichtnahme auf die in Südwest=Afrika bereits bestehenden deutschen Interessen und die Reichsfinanzen. Es sei jedenfalls bedenklich, daß der englischen Gesellschaft zehnjährige Steuerfreiheit und das ausschließliche Recht des Eisenbahnbaues bewilligt worden sei. Vorläufig wäre aber nichts zu ändern. Man müsse die weitere Entwickelung abwarten.

Geh. Rath Dr. **Kayser** sucht in längerer juristischer Darlegung nachzuweisen, daß die Damaraland=Konzession die bereits bestehenden deutschen Interessen in Südwest=Afrika nicht verletze.

Dem gegenüber betonen die Abgg. Graf **Arnim** (Rp.) und Dr. **Hammacher**, daß hervorragende deutsche Rechtslehrer Zweifel äußerten, ob das Kolonialamt überhaupt befugt gewesen sei, ohne Zustimmung des Reichstags die Konzession in dem vorliegenden Umfang zu ertheilen.

Hierauf wird die Position bewilligt.

Bei der Position: für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika wird die Berathung abgebrochen und auf morgen 1 Uhr vertagt. Außerdem steht noch der Etat der Reichspostverwaltung auf der Tagesordnung.

Schluß ¼6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung vom 1. März, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Berathung des **Eisenbahnetat** wird fortgesetzt.

Abg. **Mietz** (Ztr.) befürwortet Besserstellung der technischen Sekretäre. Diese Männer hätten nur solche Dienstleistungen zu verrichten, welche ganz selbständiger Natur seien und technische Kenntnisse voraussetzten. Trotzdem würden sie unter die Schreiber eingereiht und sogar schlechter behandelt als die Militäranwärter. Im Eisenbahnbezirk Köln gebe es Landmesser, welche 30 bis 40 Jahre in der Eisenbahnverwaltung thätig seien und trotzdem noch nicht fest angestellt seien.

Abg. **Rickert** (dfr.) giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die Erträge der Eisenbahnen in diesem Jahre besser werden, damit die Wünsche der Beamten erfüllt werden können.

Abg. Frhr. **v. Minnigerode** (kons.) meint, die Beamten müßten bei der schlechten Finanzlage sich zur Zeit bescheiden.

Abg. Graf **Strachwitz** (Ztr.) stellt fest, daß die oberschlesischen Gruben unter einem ganz bedeutenden Wagenmangel von Anfang Oktober bis Ende November zu leiden gehabt hätten. Daraus hätte sich eine erhebliche Mißstimmung entwickelt.

Minister **Thielen**: Die Verhältnisse liegen in Oberschlesien außerordentlich schwierig. Die Verwaltung hat vollauf ihre Schuldigkeit gethan. Trotzdem in der letzten Zeit die Kohlenförderung um 20 Proz. gestiegen ist, haben wir sie vollständig überwältigen können. Außerdem bestehen Erwägungen, ob nicht dauernde Maßregeln möglich sind. Abg. Wallbrecht hat mir gestern das ihm vorliegende Material über die Stellung der technischen Beamten zugehen lassen. Ich habe zu erklären, daß dasselbe die Verhältnisse der Techniker bezüglich ihres Fortkommens durchaus sachgemäß darstellt. Bezüglich der Zugentgleisung auf der Löwenberger Brücke habe ich mitzutheilen, daß die Ermittelungen, die mir gestern noch nicht bekannt waren, folgendes ergeben haben: Das Betriebsamt nimmt an, daß die Entgleisung herbeigeführt worden ist durch einen Längsriß in der Schwelle. Es ist aber nachgewiesen, daß die Strecke kurz vor der Entgleisung revidirt worden und keinerlei Schadhaftigkeit der betreffenden Brückenhölzer ergeben hat. Auch die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung eingestellt, weil sich in Bezug auf das Verschulden irgend eines Beamten ein negatives Resultat ergeben hat.

Abg. **Brömel** (dfr.): Es ist zwar eine Menge neuer Stellen für Eisenbahnbetriebssekretäre geschaffen worden. Das ist aber auch durchaus nothwendig gewesen. Die etatsmäßigen Stellen werden vielfach den Militäranwärtern zuerst gewährt. Das ist eine Zurücksetzung der Zivilanwärter. Hat der Minister diesem Verhältniß seine Aufmerksamkeit gewidmet?

Geheimrath **Gerlach** erklärt, es schwebten noch Verhandlungen über eine günstigere Stellung der Zivilanwärter gegenüber den Militäranwärtern, die noch nicht zum Abschluß gebracht seien.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.) spricht den Wunsch aus, daß die neu geschaffenen etatsmäßigen Stellen von der Zentralstelle aus gleichmäßig mit den ältesten Beamten besetzt werden und nicht in den verschiedenen Bezirken verschieden verfahren wird. Außerdem sei zu beklagen, daß die von den Privatbahnen übernommenen Beamten hinter den Staatsbahnbeamten zurückständen.

Geheimrath **Brefeld** führt aus, daß die Lage der von den Privatbahnen übernommenen Beamten durchaus nicht ungünstig sei.

Abg. **Kahlke** (nl.) bittet um Fürsorge für die Bahnmeister.

Geheimrath **Lehnert** erklärt, die Finanzverwaltung müsse alle Anträge auf Gehaltsaufbesserung einzelner Beamtenklassen ablehnen.

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.) verlangt Gehaltsaufbesserung für die Wagenmeister.

Abg. **Schmieding** (nl.) beklagt die traurige finanzielle Lage der Werkstättenvorsteher.

Abg. **Brömel** (dfr.): Ich habe im vorigen Jahre einen Fall zur Sprache gebracht, in welchem nach gerichtlicher Feststellung ein Unglücksfall auf Ueberlastung des betreffenden Beamten zurückzuführen war. Ich wurde angegriffen, weil ich mich auf nicht hinlänglich festgestellte Thatsachen berufen hätte. Jetzt hat die Regierung selbst anerkannt, daß Ueberlastung der Beamten vorkommt; denn sie hat in einem Erlaß vor Ueberlastung gewarnt. Zur Berücksichtigung werden der Regierung überwiesen die Petitionen der Lokomotivführer, welche beantragen, das Dienstalter von dem bestandenen Lokomotivführer=Examen an oder in anderweitiger Weise so zu regeln, daß die Aussicht, das Höchstgehalt zu erreichen, nicht ausgeschlossen erscheint. Sodann werden als Material für die desfalls obschwebenden Erwägungen der Regierung überwiesenen Petitionen der Eisenbahn=Sekretäre wegen Gleichstellung mit den Regierungs=Sekretären, der Eisenbahn=Betriebssekretäre in Frankfurt a. M. wegen einer Theuerungszulage für alle in Frankfurt a. M. domizilirten Beamten unter Einziehung der dort an einzelne Beamte bisher gezahlten Stellenzulagen. Ebenso werden als Material der Regierung überwiesen Petitionen der Eisenbahnstations=Assistenten, das Höchstgehalt mit den Steuer= u. s. w. Assistenten gleichzustellen, die Altersstufen von 8 auf 6 Jahre herabzusetzen und statt 100 150 M. in jeder Stufe zu bewilligen, die Petition der Eisenbahn=Telegraphisten um Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses der Subalternbeamten zweiter Klasse, der Weichensteller erster Klasse, welche beantragen, die Altersstufen zu vermindern, diese Beamten im Range zu erhöhen, deren Dienstkleidung abzuändern, sowie dieselben nach fünfjähriger Dienstzeit definitiv anzustellen, der Bahnmeister, das Gehalt mit den Stationsvorstehern zweiter Klasse gleichzustellen, die Stellen für die Bahnmeister erster Klasse wieder aufzuheben und den Bahnmeistern für längeren Dienst außerhalb des Stationsorts Tagegelder zu gewähren, der Eisenbahnlademeister eine Gehaltsskala einzuführen und denselben den Wohnungsgeldzuschuß der 4. Servisklasse zu gewähren.

Im Titel „Besoldungen außeretatsmäßiger Beamten" werden auf Antrag der Kommission 500 000 M. gestrichen.

Abg. **v. Quast** (kons.) bemängelt, daß im Eisenbahndirektionsbezirk Altona an die Streckenarbeiter ein durchschnittlicher Jahreslohn gezahlt wird, der 106 M. höher sei als der in allen anderen Bezirken. Die Verwaltung müsse sich nach dem ortsüblichen Tagelohn richten, damit nicht Beunruhigung unter den ländlichen Arbeitgebern und Arbeitern entstehe. Die Zentralinstanz solle dauernd auf die Lohnfrage einwirken. (Beifall rechts.)

Minister **Thielen:** Die Eisenbahndirektionen sind angewiesen, sich bezüglich der Löhne, welche in der Landwirthschaft und Industrie gezahlt werden, fortlaufend zu unterrichten. Die Direktion Altona verwaltet einen Bezirk, welcher aus sehr verschiedenen

Theilen zusammengesetzt ist. In Hamburg, Altona, Wandsbeck werden die höchsten Löhne gezahlt, die wir überhaupt in Deutschland haben. Dasselbe trifft auf Bremerhaven zu. In Mecklenburg werden sehr viel niedrigere Löhne gezahlt. Nun sind die Klagen, welche bereits seit mehreren Jahren vorgebracht werden, darauf zurückzuführen, daß wir bei den Eisenbahnbauten die Leute suchen müssen, wo wir sie finden, und daß wir genöthigt sind, höhere Ansprüche zu stellen. Ueber die Lohnfrage sind Prüfungen auch in Altona angeordnet, über die das Material noch nicht vorliegt.

Abg. **Brömel** (dfr.): Die Bildung des westfälischen Kohlensyndikats wird erheblich auf die Preisbildung einwirken. Ich hoffe, daß die Verwaltung, falls die Preise eine ungerechtfertigte Höhe erreichen sollten, alles thun wird, um einen Schaden von den Staatsfinanzen fernzuhalten. Der Eisenbahnminister ist hier vor allem Wahrer der Finanzen.

Abg. **v. Tiedemann-Bomst** (freik.): In der letzten Zeit sind von der Eisenbahnverwaltung Luxuszüge, z. B. auf den Linien Berlin-Frankfurt, Köln-Hildesheim eingeführt worden. Es ist angebracht, daß diejenigen Passagiere, welche diese Züge benutzen, ein höheres Fahrgeld, vielleicht 3 M. Zuschlag für die entsprechenden Mehrleistungen der Verwaltung bezahlen.

Minister **Thielen:** Den Wünschen des Vorredners wird entsprochen werden. (Heiterkeit.) Es wird künftig ein Zuschlag von 2 Mark für jede beliebige Strecke erhoben werden. Höher glaubten wir nicht gehen zu dürfen, wenn wir nicht die Frequenz mindern wollten.

Abg Graf **Kanitz** (kons.): An und für sich stehe auch ich solchen Koalitionen wie dem Kohlensyndikat nicht sympathisch gegenüber. Das kann ich aber von dem Kohlensyndikat noch nicht sagen: denn das Statut ist noch gar nicht veröffentlicht und wir wissen nicht, wie das Syndikat zu wirthschaften gedenkt. Sollte es jedoch, wie das Koksyndikat, zu der Praxis kommen, die Preise im Inlande möglichst hoch zu halten und das Ausland zu begünstigen, so würde ich mit dem Abg. Brömel übereinstimmen.

Abg. **Brömel** (dfr.): Der Staat hat nicht blos die Interessen der Landwirthschaft, sondern auch die der Kohlenkonsumenten zu wahren. Niemals ist ein Ring in schärferer Form beschlossen worden. Angesichts dieses Umstandes ist es doch angebracht, die Erwartung auszusprechen, daß die Verwaltung das Finanzinteresse wahrt. (Beifall links.)

Alsdann wird die weitere Berathung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. Außerdem Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. — Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 1. März. Im Abgeordnetenhause gab es heute ein ganz kleines Vorgeplänkel zu der Debatte über das neue Kohlensyndikat, die beim Bergwerksetat kommen wird. Der Abg. Brömel regte diese Frage schon beim Eisenbahnetat an, und er beklagte mit Recht die drohende Vertheuerung der Kohlen, die die Staatskasse ebenso wie die Steuerzahler treffen werde. Auf die Einladung, diesem Treiben entgegenzutreten, erwiderte der Eisenbahn-Minister heute noch nicht. Er wird es aber morgen, eben beim Bergwerksetat, thun müssen. Wunderlicher Weise warf sich Graf Kanitz zum Beschützer des Syndikats auf, das ja doch nur solche Preise ansetzen wolle, daß die Bergwerke dabei bestehen könnten. Graf Kanitz scheint nicht zu wissen, daß das Kohlensyndikat soeben erst in Baden versucht hat, höhere Preise zu erzwingen. Die weitere Berathung des Eisenbahnetats brachte eine reizende Illustration zu demjenigen, was man die preußische Kehrseite zur Personentarifreform anderer Staaten nennen könnte. Anderwärts wird der Zonentarif eingeführt oder doch auf ähnliche Weise eine Verbilligung des Verkehrs angestrebt; bei uns wird demnächst eine Vertheuerung des Verkehrs eintreten. Der freikonservative Abg. v. Tiedemann-Bomst wünschte nämlich einen Zuschlag von drei Mark für die Person für die Benutzung der Luxuszüge Berlin-Frankfurt und Berlin-Köln, und Herr Thielen sagte zu, daß ein solcher Zuschlag, zwar nicht von drei, aber von zwei Mark, vom 15. April ab angeordnet werden solle. Da diese Luxuszüge in der That nur von der besser situirten Minderheit benutzt werden, so ist die Sache am Ende nicht tragisch zu nehmen; aber bezeichnend bleibt dies ganze Vorgehen doch, und es wird gegebenenfalls auch seine Nachwirkungen haben. Sollte nämlich wieder einmal eine freundlichere Berücksichtigung der Interessen der weniger bemittelten Klassen bei der Festsetzung der Tarife verlangt werden, so würde es der Eisenbahnverwaltung ein Leichtes sein, durch Gegenüberstellung der erhöhten Fahrpreise für die schnellsten Züge und der anderen Fahrpreise nachzuweisen, um wie viel besser es diejenigen schon jetzt haben, die die einfachen Personenzüge benutzen. — Der Reichstag begann heute die Berathung des Kolonialetats in einer Art von einschläferndem Paßgang. Das schematische Herkommen, in welchem die Kolonialdebatten sich bewegen, wurde mit heiligem Ernste festgehalten, als sei es verabredet worden. Dieselben Reden, die seit sieben oder acht Jahren zu diesem Etat gehalten werden, hat man auch heute gehört. Es sind stets die nämlichen Abgeordneten, die die Kolonialpolitik im Für und Wider behandeln, und von Jedem, der das Wort bekommt, kann man ungefähr schon vorher wissen, was er sagen wird. Das kleine Renkontre zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen Arnim wird sich beim Lesen vielleicht ernstlicher ausnehmen, als es heute beim Hören wirkte. Immerhin zeigt der Zwischenfall, daß Graf Caprivi und die Konservativen noch manchen Spahn zu spalten haben werden.

Berlin, 1. März. Ein Zwischenfall in der heutigen Sitzung der Militärkommission (s. den besonderen Bericht. — Red.) ist wichtiger, mindestens bezeichnender als die ganze mehrstündige Verhandlung. Der Abg. Bebel hatte einen Geschäftsordnungs-Antrag gestellt, über den eine geraume Zeit hin und her geredet wurde. Schließlich meinte der Abg. v. Hammerstein unter der zustimmenden Heiterkeit der Kommissionsmitglieder, aber auch der anwesenden militärischen Kommissare, daß es doch ganz egal sei, ob man so oder so beschließe, ob man so oder so die Zeit todtschlage. Sehr richtig. Und das Hübscheste dabei ist, daß die Kommission diesen Zustand, dessen Abstellung völlig in ihrer Macht liegt, noch von der humoristischen Seite nehmen kann. Nach dieser Episode begann das übliche Frage- und Antwortspiel, aus dessen langweiliger Gründlichkeit natürlich nichts Positives herausgekommen ist. Wie es vor zweiundzwanzig Jahren in den berühmt gewordenen Depeschen des Generalquartiermeisters v. Podbielski regelmäßig hieß: „Vor Paris nichts Neues", so ist der Schlußreim aller Sitzungen der Militärkommission: „Hierauf fand die Vertagung statt." Es wird noch sehr lange „vertagt" werden, so lange, bis die Männer und die Mächte, die über den Kopf der Kommission hinweg das Schicksal der Militärvorlage wie der gesammten inneren Politik der nächsten Zeit in Wahrheit bestimmen, sich über das Kompromiß geeinigt haben werden. Eine neue Nüance in diese schleierhaften Kulissenvorgänge wird heute durch die Mittheilung der „Magd. Ztg." gebracht, wonach im Bundesrathe eine starke Strömung zu Gunsten der Aufhebung des Jesuitengesetzes vorhanden sei. Es wird erklärt, daß man sich auf einen entsprechenden Antrag der verbündeten Regierungen gefaßt machen müsse. Die Mittheilung steht im völligen Widerspruch mit Allem, was in der jüngsten Zeit an den Stellen verlautet hat, wo das politische Wetter gemacht wird. Wir selber haben nach guten Erkundigungen erst vor Kurzem feststellen können, daß Verhandlungen, oder auch nur etwas nach Verhandlungen Aussehendes, über eine Kompensation von Militärvorlage und Jesuiten-Antrag nicht bestehen. Aber es wäre unfruchtbare Rechthaberei, in solchen überaus flüssigen, von der wechselnden Taktik einer parlamentarisch-politischen Diplomatie abhängenden Dingen sich auf Nachrichten festzunageln, die gewiß einem bestimmten Stande der Verhältnisse einmal entsprochen haben oder noch entsprechen, die indessen schon am nächsten Tage durch einen neuen Zustand überholt sein können. Unsere subjektive Meinung, die sich auf die Qualität unserer trefflichen Gewährsmänner stützt, geht mit der Meldung, daß jene Kompensation von Heeresreform und Jesuitengesetz doch noch kommen werde, nicht parallel. Aber trotzdem heißt es: aufmerksam sein und auf jede, auch die größte Ueberraschung sich vorbereiten. Das Kennzeichnende der augenblicklichen Lage ist, daß überall, sowohl in den offiziösen Kundgebungen der Regierung wie in den parteioffiziösen Darstellungen der klerikalen Blätter, ein ungewöhnliches Maß diplomatischer Verschleierungskünste geübt wird. Mißlingt der Verständigungsversuch, der zwischen diesen beiden Faktoren die Brücke schlagen will, dann werden die betreffenden Organe, die jetzt jedes Handelsgeschäft ableugnen, stolz darauf verweisen können, daß sie Recht behalten hätten. Im umgekehrten Falle wird man sich gar nichts daraus machen, über die Winkelzüge von heute mit einem Achselzucken hinwegzuschreiten. Wie groß die Ermattung der Energie ist, mit der sonst die politische Welt auf derartige Dinge zu reagiren pflegt, dafür ist es ein gutes, vielmehr böses Zeugniß, daß von der Nachricht, die die Initiative des Reichskanzlers in Sachen des Jesuitengesetzes ankündigt, weder in den Foyergesprächen im Reichstage, noch in den führenden Parteiblättern irgendwie Aufhebens gemacht wird. Man nimmt das so hin, wie man hundert gleichartige Tagesereignisse hinnimmt. (Gegenüber der schon im Morgenblatt erwähnten Mittheilung der „Magdeb. Ztg.", „daß man darauf gefaßt sein dürfe, schon in nächster Zeit die Reichsregierung mit einer Vorlage hervortreten zu sehen, die den Ausschluß der geistlichen Orden (d. h. des Jesuitenordens und der verwandten Kongregationen) aus dem Deutschen Reiche aufhebt," schreibt heute übrigens die „Post": „Gutem Vernehmen nach ist in den leitenden Kreisen der Reichsregierung hiervon nichts bekannt." Möglicher Weise auch, bemerkt die „Lib. Korr.", beruht die Meldung auf einer Verwechselung der Absichten der Reichsregierung mit einem in parlamentarischen Kreisen diskutirten Gedanken, aus dem Jesuitengesetz die Ausweisungs- beziehungsweise Internirungsklausel zu streichen.)

— Der Kaiser hat bei einem heute (Mittwoch) vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, von Achenbach, anläßlich der jetzigen Tagung des brandenburgischen Provinziallandtages gegebenen Festmahle auf eine Ansprache Achenbachs Folgendes erwidert:

„Mein lieber Herr Oberpräsident und Sie, meine verehrten brandenburgischen Landsleute, empfangen Sie zunächst meinen Dank für ihren Wunsch, mich in Ihrer Mitte zu sehen. Die Gesinnungen treuer Anhänglichkeit, welche in Ihrem Namen Euer Excellenz mir soeben ausgesprochen haben, finden in meinem Herzen freudigen Widerhall. Es spricht aus diesen Gesinnungen das feste Vertrauen zu Ihrem Landesvater und zu Seinem Streben; der schönste Lohn, der mir und mit mir meinen bewährten Räthen in unserer schwerer Arbeit werden kann. Es liebt die Jetztzeit auf die Vergangenheit viel zurückzublicken, dieselbe mit dem augenblicklich Bestehenden zu vergleichen, zumeist zum Nachtheil des letzteren. Wer auf eine so herrliche Vergangenheit rückblicken kann, wie wir es — Gott sei Dank können, der thut sehr wohl daran, um daraus zu lernen. Das nennt man in einem monarchischen Staate die Tradition. Doch nicht dazu soll sie dienen, um sich in nutzlosen Klagen zu ergehen über Menschen und Dinge, die nicht mehr sind, sondern vielmehr müssen wir uns in der Erinnerung wie in einem Quell erfrischen und, neugestählt aus ihm emporsteigend, zu lebensfrohem Thun und schaffensfreudiger Arbeit uns hinwenden. Denn würdig vor Allem müssen wir uns unserer Ahnen und ihrer Leistungen erweisen. Das können wir nur, wenn wir unbeirrt auf den Bahnen weiterwandeln, die sie uns vorgezeichnet. Die hehre Gestalt unseres großen dahingegangenen Kaisers Wilhelm ist stets uns gegenwärtig mit ihren gewaltigen Erfolgen. Woher kamen dieselben? Weil mein Großvater den unerschütterlichsten Glauben an seinen ihm von Gott verliehenen Beruf hatte, welchen er mit unermüdlichem Pflichteifer verband. Zu ihm stand die Mark, stand das ganze deutsche Vaterland. In diesen Traditionen, meine Herren, bin ich aufgewachsen und von ihm erzogen; denselben Glauben habe auch ich. Mein höchster Lohn ist daher, Tag und Nacht für mein Volk und sein Wohl zu arbeiten. Aber ich verhehle mir nicht, daß es mir niemals gelingen kann, alle Glieder meines Volkes gleichmäßig glücklich und zufrieden zu machen. Wohl aber hoffe ich es dahin zu bringen, daß es mir gelinge, einen Zustand zu schaffen, mit dem alle die zufrieden sein können, die zufrieden sein wollen. Daß dieser Wille in meinem Volke sich täglich kräftige, ist mein sehnlichster Wunsch, daß alle braven deutschen Männer und vor allem auch meine Märker mir dabei behilflich sein mögen, das ist meine Bitte, daß unser gesammtes deutsches Vaterland an Festigkeit nach Innen und an Achtung und Respekt nach Außen dadurch gewinnen möge, das ist meine Hoffnung. Dann darf ich getrost aussprechen: „Wir Deutschen fürchten Gott und Nichts sonst in der Welt". Daraufhin leere ich mein Glas auf das Wohl Brandenburgs und unserer wackeren Märker!"

Dem Festessen des Brandenburgischen Provinziallandtags, welches am 6. März stattfinden soll, wird der Kaiser diesmal nicht beiwohnen, da er sein Erscheinen zu dem Diner bei dem Oberpräsidenten v. Achenbach, an dem sämmtliche Mitglieder des Provinzial-Landtags theilgenommen haben, schon früher zugesagt hatte. Dem „Hann. Kur." zufolge bringt man das Fernbleiben des Kaisers vom Diner des Provinziallandtags mit der Wiederwahl des Landraths des Friedeberger Kreises, v. Bornstedt, zum Vorsitzenden des Provinziallandtages in Verbindung.

— Die nunmehr dem Reichstage zugegangene Novelle zu dem Gesetz, betr. den Unterstützungswohnsitz enthält in der Hauptsache nur die bereits bekannten Aenderungen. Der Unterstützungswohnsitz kann in Zukunft von dem vollendeten 18. (anstatt bisher 24.) Lebensjahre ab durch zweijährigen Aufenthalt oder Abwesenheit erworben oder verloren werden. Beim Erlaß des Gesetzes war das 24. Lebensjahr der Zeitpunkt der Großjährigkeit und, wie man damals annahm, der wirthschaftlichen Selbständigkeit. Jetzt will man, um den Heimathsgemeinden die Last abzunehmen, die ihnen erwächst, wenn Ortsangehörige in jungen Jahren die Heimath verlassen und in Folge wiederholten Wechsels des Aufenthalts einen neuen Unterstützungswohnsitz nicht erworben haben, und erwerbsunfähig werden. Zur Zeit sind die Heimathsgemeinden bis zum vollendeten 26. Lebensjahre zur Unterstützung der Abgezogenen verpflichtet; in Zukunft werden sie von vollendetem 20. Lebensjahre der Sorge für dieselben entbunden. Vielfach wird diese Erleichterung gewiß ins Gewicht fallen. Den Klagen der Agrarier über die Ueberlastung der Landgemeinden mit den Kosten der Armenpflege wird jedoch auch sie kaum abhelfen. In der Begründung wird das auch anerkannt, aber dargelegt, daß zur Zeit und solange sich die Wirkung der Alters- und Invalidengesetzgebung auf die Armenpflege nicht besser übersehen lasse als bisher, eine durchgreifende Reform unmöglich sei, namentlich auch deshalb, weil in den verschiedenen Theilen des Reichs die Ansichten über das Wie der Reform weit auseinander gingen. Ferner wird die Verpflichtung des Ortsarmenverbandes, den Erkrankten die erforderliche Kur und Verpflegung zu gewähren, auch auf land- und forstwirthschaftliche Arbeiter ausgedehnt und ein Ersatzanspruch gegen einen anderen Armenverband nur zugesprochen für den über die ersten 13 Wochen (bisher 6) hinausgehenden Zeitraum. Der Ortsarmenverband, der zum Ersatz verpflichtet ist, wird als nicht zu ermitteln betrachtet, wenn die zur Ermittelung geschehenen ordnungsmäßigen Schritte erfolglos geblieben sind. Damit soll der Verschleppung des Verfahrens vorgebeugt werden. Selbstverständlich entbehrt auch dieser Gesetzentwurf nicht einer Strafbestimmung. Aus der Zeit der Blüthe der Reaktion, dem Polizeigesetz von 1855 wird eine Bestimmung über Arbeitsscheue u. s. w. nur mit der „Verbesserung" wieder ausgegraben, daß der Richter über das Vorhandensein der Voraussetzungen entscheidet. Nach dem neuen § 361 Nr. 5a kann mit Haft bestraft und (nach § 362) in das Arbeitshaus gesperrt werden, „wer, obschon er in der Lage ist, diejenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich trotz der Aufforderung der zuständigen Behörde der Erfüllung seiner Pflicht derart entzieht, daß durch Vermittelung der Behörde fremde Hülfe in Anspruch genommen werden muß."

— Das Auftreten Ahlwardts im Wahlkreise Liegnitz ist höchst ungeschickt und dürfte den Antisemiten nichts nützen, sondern eher schaden. Ueber seine erste Rede haben wir schon im Morgenblatt berichtet. Jetzt theilt man uns aus Liegnitz noch mit, daß Ahlwardt sogar auf manche Antisemiten einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht habe und daß sein Schimpfen auf die Sozialdemokraten, nachdem diese es abgelehnt haben, den Antisemiten Schleppenträgerdienste zu erweisen, heiter anmuthe. Der Antisemiten hat sich eine verzweifelnde Stimmung bemächtigt; das Berliner Organ der Partei hat über die Versammlungen, in denen Ahlwardt spricht, nicht einmal mehr berichtet; vielleicht aber holt es das nach.

— Die Erben des Bankiers von Bleichröder haben dem Aeltesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft 60 000 Mark als Gerson-Bleichröder'sche Stiftung überwiesen, welche nach den Grundsätzen der Friedrich-Wilhelm-Viktoria-Stiftung verwaltet werden soll.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. **Berlin,** 1. März. Die heutige Sitzung der Militärkommission, die etwas über 1½ Stunden dauerte, wurde zum größten Theil mit der Geschäftsordnungsdebatte darüber ausgefüllt, ob die Kommission zunächst in die Berathung des § 2 der Vorlage eintreten oder auf § 1 — Höhe der Friedenspräsenzziffer — zurückgehen solle. Dr. Lieber bestand darauf, an den getroffenen Dispositionen festzuhalten und zunächst den § 2, Formationen zu berathen. Frhr. v. Hammerstein hatte in der Debatte bemerkt, „man könne die Zeit so oder so todtschlagen". In Anknüpfung an die Beantwortung der von den Abgg. v. Bennigsen und Hinze gestellten Fragen entwickelte sich eine sehr lebhafte Debatte über die Weigerung der Militärverwaltung, zahlenmäßige Angaben darüber zu machen, wie sich die Gesammtzahl der Bedingttauglichen auf die verschiedenen Kategorien vertheile. Generalmajor von Goßler meinte, diese Forderung sei bei früheren Vorlagen niemals erhoben worden. Abg. Hinze erkennt das an; es sei aber auch dem Reichstage niemals zugemuthet worden, mit einem Schlage eine Erhöhung der Friedenspräsenz zu bewilligen, welche allen früheren Bewilligungen zusammengenommen gleichkommt. Generalmajor v. Goßler versuchte es dann mit der Behauptung, der Er[illegible]

der Bestimmungen über die Voraussetzung der Bedingttauglichen stehe dem Kaiser zu; die Forderung des Abgeordneten Hinze greife also in die Rechte des Kaisers ein. Abg. Hinze entgegnete, er habe durchaus nicht die Absicht, in die Vorrechte des Kaisers einzugreifen; er verlange nur das Material zur Beurtheilung der Wirkungen der kaiserlichen Bestimmung. Angesichts der hohen Mehrforderungen der Regierung habe der Reichstag die Pflicht, eingehend zu prüfen, ob die Mehreinstellung von 60000 Rekruten thatsächlich ausführbar sei. Generalmajor von Goßler gab schließlich zu, daß die Militärverwaltung im Besitze des Materials zur Beantwortung der Hinzeschen Frage sei; die Bearbeitung desselben würde aber einige Wochen in Anspruch nehmen. Abg. Hinze erklärte, daß er auf die Beantwortung seiner Fragen nicht verzichten könne. — Aus der Beantwortung der Bennigsenschen Fragen ergiebt sich, daß bei der Vermehrung der Rekruten um 60000 Mann der Nachersatz nicht einbegriffen ist. Zur Deckung des Ausfalls des dritten Jahrgangs ist bei zweijähriger Dienstzeit ein Mehr von 27600 Rekruten erforderlich. Die Militärverwaltung berechnet, daß der Mehrbedarf an Offizieren (1714) in nicht ganz drei Jahren, der Mehrbedarf an Unteroffizieren in 5 Jahren gedeckt werde. Auf die Frage des Abg. Hinze, ob die Abkürzung der Kriegsschulkurse nicht nachtheilig auf die Qualität des Offiziersersatzes, namentlich die wissenschaftliche Vorbildung eingewirkt habe, erklärt General-Major von Goßler, bisher seien solche Wirkungen noch nicht hervorgetreten. Die Abkürzung der Kriegsschulkurse habe aufgehört; die Militärverwaltung erkenne im Uebrigen an, daß die Vorbildung der Offiziersaspiranten in den sog. Pressen ungenügend sei; sie werde diesem Unwesen in Bälde ein Ende machen. Nächste Sitzung Freitag.

Lokales.

Posen, 2. März.

* [Wasserstand der Warthe.] Telegramm aus Pogorzelice: am 1. März Mittags 3,66 Meter, Abends 3,72 Meter; aus Schrimm: am 1. März Mittags 3,06 Meter, Abends 3,07 Meter.

p. Die Warthe ist heute Morgen hier auf 3,80 Meter über Null gestiegen, und tritt jetzt überall aus ihren Ufern. In den Kellern steht das Wasser vielfach schon einen Fuß hoch, so daß man alles Werthvolle hat herausschaffen müssen. Da aus Pogorzelice weiteres Anwachsen der Hochfluth gemeldet wird, so dürfte auch hier noch das Wasser, wenn auch nicht viel, zunehmen.

Telegraphische Nachrichten.

Kiel, 1. März. Der landwirthschaftliche Generalverein beantragte bei der Regierung, die Einfuhr jütischen Viehs vom 15. April ab unter einer siebentägigen Quarantäne zu gestatten. Die Berücksichtigung des Antrages gilt, wie verlautet, als wahrscheinlich.

Wien, 28. Febr. Der niederösterreichische Landtag nahm nach mehrtägiger Verhandlung und unter heftiger Opposition der Antisemiten mit 37 gegen 24 Stimmen die Vorlage betreffs der durch das Fernbleiben der Antisemiten von den Gemeinderathssitzungen veranlaßten Abänderung des Wiener Gemeindestatuts an. Hierauf vertagte sich der Landtag.

Wien, 1. März. [Abgeordnetenhaus.] Bei der Debatte über das Handelsbudget erklärte der Redner des Polenklubs Lewicki, die galizischen Abgeordneten hätten seinerzeit bei ihrem Votum für den deutsch-österreichischen Handelsvertrag unbedingt auf die Loyalität der deutschen Regierung gerechnet und erwarteten, daß die deutsche Regierung während der ganzen Dauer des Vertrages keinen Vertrag mit Rußland schließen werde, durch welchen die Oesterreich-Ungarn gewährten volkswirthschaftlichen Vortheile alterirt würden. Sie würden ihre künftige Haltung davon abhängig machen.

Wien, 1. März. Im Abgeordnetenhause erklärte der Handelsminister in Beantwortung einer an ihn gerichteten Interpellation das Gerücht einer beabsichtigten Herabsetzung des Einfuhrzolles auf Wein aus anderen Staaten außer Italien für unbegründet.

Wien, 1. März. Wie die „Neue Freie Presse" aus Sofia meldet, hat der bulgarische Exarch in Konstantinopel erklärt, er wolle in der Angelegenheit der Verfassungsänderung nicht interveniren, er überlasse die Austragung derselben der Synode in Sofia.

Wien, 1. März. Meldungen aus Tamsweg zufolge wurde daselbst heute früh 5 Uhr 40 Min. ein starker Erdstoß verspürt.

Wien, 1. März. Nach einer Meldung der „Politischen Correspondenz" aus Konstantinopel hat der Sultan dem Ministerpräsidenten Riaz-Pascha den Stern des Medschidje-Ordens in Brillanten verliehen.

Wien, 1. März. Die Donaudampfschifffahrts-Gesellschaft, welche im Vorjahre in Folge Quarantäneschwierigkeiten den Güterverkehr nach Odessa zeitweilig sistirt hatte, nimmt in diesem Jahre den Gütertransport nach Odessa wieder auf.

Wien, 1. März. Das „Fremdenblatt" erklärt die Blättermeldung, daß der österreichisch-ungarische Gesandte in Brasilien Hengelmüller von Hengervar zum Gesandten in Dresden in Aussicht genommen sei, für unbegründet. Hengelmüller gehe lediglich als Delegirter Oesterreichs bei der Sanitätskonferenz nach Dresden.

Petersburg, 28. Febr. Heute fand unter dem Vorsitze des Großfürsten-Thronfolgers eine kombinirte Sitzung des sibirischen Komitees, des Ministerkomitees und des Departements der Reichsökonomie statt. In derselben wurde die Richtung für die sibirische Bahn bis Irkutsk, sowie für die Zweigbahn von Jekaterinburg nach Niaß festgesetzt.

Kopenhagen, 1. März. Der Große Belt ist nunmehr überall eisfrei. Der Dampfer „Commercial" aus Kiel kam heute in Korsör mit der Meldung ein, daß das Fahrwasser von Skagen nach Korsör ganz ohne Eis sei.

Rom, 28. Febr. Der Senat nahm mit 103 gegen 40 Stimmen nach lebhafter Debatte die Verlängerung des provisorischen Budgets auf einen Monat an.

Rom, 28. Febr. Der Papst empfing heute den spanischen Abgesandten Merry del Val, welcher ein eigenhändiges Glückwunschschreiben der Königin-Regentin und als Geschenk eine sehr werthvolle Sammlung von Teppichen aus dem 15. Jahrhundert überreichte.

Paris, 28. Febr. [Deputirtenkammer.] Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Gesetzentwurf betreffend die Kolonialarmee mit 488 gegen 4 Stimmen angenommen. Der Deputirte Jaurès interpellirte sodann die Regierung über den Streik in Rive-de-Gier; er behauptete, die Regierung habe nicht dafür gesorgt, daß das Gesetz über die Syndikate von den Arbeitgebern respektirt würde. Der Ministerpräsident Ribot rechtfertigte die Haltung der Regierung; er erklärte, das Arbeitersyndikat habe den Arbeitgebern das Recht nicht zugestanden, einen dem Syndikat angehörenden Arbeiter zu entlassen. Er werde dafür sorgen, daß die Freiheit der Arbeit überall geachtet werde. (Beifall.) Die von Ribot verlangte einfache Tagesordnung wurde sodann mit 353 gegen 138 Stimmen angenommen. — Ferner wurde mit 335 gegen 57 Stimmen die Dringlichkeit beschlossen, für den Antrag des Deputirten Boissy d'Anglas, die Zeitungen für die von ihnen veröffentlichten finanziellen Inserate und Empfehlungen verantwortlich zu machen. Nächste Sitzung Donnerstag.

Paris, 1. März. Der Minister des Aeußern Develle empfing heute früh die Delegirten der diplomatischen und kolonialen Gruppe der Kammer, welche eine Note über die Frage der Grenze zwischen Indochina und Siam überreichten. Der Minister erklärte, daß er in London und Bangkok Unterhandlungen eingeleitet habe, um den Rechten Frankreichs in Anam Geltung zu verschaffen. Der Minister fügte hinzu, die Unterhandlungen nähmen einen günstigen Verlauf.

Paris, 1. März. Der „Figaro" veröffentlicht den protokollarischen Wortlaut der Aussagen von Lesseps, Clemenceau, Floquet und Freycinet vor dem Untersuchungsrichter. Lesseps erklärte, Reinach hätte, wiewohl er seit dem Jahre 1884 an 10 Millionen von der Panama-Gesellschaft erhalten hätte, im Jahre 1888 weitere 10 bis 12 Millionen verlangt, angeblich um Herz zufrieden zu stellen, der Schwierigkeiten gemacht habe. Auf seine Weigerung hätte Reinach bemerkt, dann sei alles verloren. Aus den weiteren Aussagen von Lesseps sowie von Clemenceau, Floquet und Freycinet geht thatsächlich hervor, daß die letzteren drei in dieser Angelegenheit intervenirten, wenngleich ihren Erklärungen zufolge die Forderungen Reinach nicht näher berührten und sie lediglich verhindern wollten, daß die schwierige politische Lage durch einen etwaigen Finanzkrach noch komplizirter würde. Der „Figaro" zieht aus den angeführten Aussagen den Schluß, daß insbesondere Floquet und Clemenceau von der Panama-Gesellschaft trotz des Widerstrebens Lesseps für ihre Protegés oder Alliirten Gelder erlangten. Der Prozeß gegen Lesseps könnte demzufolge gleichzeitig ein Prozeß gegen die Minister jener Zeit werden; an der oben erwähnten Intervention habe indirekt auch der jetzige Senator Ranc theilgenommen.

Paris, 1. März. Eine Note des hiesigen Gesandten der dominikanischen Republik erklärt die Nachricht von einer Gebietsabtretung an die Vereinigten Staaten und von einem für die Schifffahrt in der Samana-Bay bewilligten Monopol in aller Form für unbegründet.

Paris, 1. März. Die „Agence Havas" veröffentlicht eine Meldung aus Athen, nach welcher auf der Insel Symi Unruhen herrschten. Die Türken hätten die Kirche entweiht, mehrere angesehene Personen ins Gefängniß gesetzt und mißhandelt. Nach derselben Athener Meldung wurde in der gestrigen Kammersitzung der Minister des Aeußeren Dragoumis über diese Vorgänge interpellirt, gab aber, ohne die Richtigkeit der Thatsachen anzufechten eine zurückhaltende Antwort.

Madrid, 1. März. Gutem Vernehmen nach werden die Provenienzen aus Hamburg demnächst zu freiem Verkehr zugelassen werden.

London, 28. Febr. [Unterhaus.] Harcourt erklärt, die Brüsseler Konferenz sei gescheitert, weil ihr kein definitiver Vorschlag unterbreitet worden sei. Falls die Konferenz wieder zusammtreten sollte und ihr von Amerika oder einer anderen Macht ein Vorschlag unterbreitet würde, so würde die englische Regierung bereit sein, denselben zu erörtern; es sei aber angesichts der Meinungsverschiedenheiten der Delegirten nicht wahrscheinlich, daß ein solcher Vorschlag gemacht werde. Der Antrag Thompson wurde hierauf mit 229 gegen 148 Stimmen verworfen. Ein Unterantrag Becketts, der sich gegen jeden Schritt Englands zu Gunsten eines Wiederzusammentritts der Konferenz richtet, wurde angenommen. Der Premierminister Gladstone bekämpfte den Antrag Meysey-Thompsons. Derselbe spreche zwar nicht vom Bimetallismus, ziele aber darauf hin. Es sei eigenthümlich, daß, während die Vereinigten Staaten die Initiative zur Brüsseler Konferenz ergriffen haben, jetzt England vorgehen solle. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß auf der Konferenz kein Vorschlag gemacht sei, der England die Veränderung seines Systems möglich mache. Es wäre lächerlich, wenn England auf der neuen Konferenz ohne einen Plan erscheine. England habe die Bewegung nicht aufgehalten. Auf der Konferenz habe es zwei Theile gegeben; der eine Theil habe aus Mächten bestanden, die keine Veränderung wollen, der andere aus denjenigen, welche nicht die leiseste Andeutung über die von ihnen gewünschte Aenderung gemacht hätten. Die Währung sei das gemeinsame Maß der Erzeugnisse. Es sei erwünscht, daß die Währung Festigkeit und Beständigkeit besitze. Die allgemeine Ansicht neige mehr und mehr dahin, daß Gold die beste Währung abgebe, weil es am wenigsten veränderlich sei. Der Rückgang der Waarenpreise sei allgemein durch die vermehrte Produktion und die Verbesserung der Transportmittel verursacht. Der Preis des besten Produktes aber, der Arbeit, sei überall gestiegen, in England sogar enorm gestiegen. Er frage, wie es möglich sei, den Werth des Goldes, der nie mehr als 3 bis 4 Prozent schwankte, dadurch zu erhöhen, daß man ihm Silber zugeselle, welches 40 Prozent Veränderung im Preise zeige und nach der Ansicht mancher Autoritäten noch um weitere 30 Proz. sich im Preise verändern dürfte. Man möge sich vorsichtig bedenken, ehe man sich von dem Boden entferne, auf dem England innerhalb des letzten halben Jahrhunderts einen Handel errichtet habe, welcher in der Weltgeschichte ohne Beispiel sei.

London, 28. Febr. Das jährliche Festessen des Deutschen Wohlthätigkeitsvereins fand heute Abend im Hotel „Metropole" in Anwesenheit des Legationsrathes Grafen von Metternich, des Legationsrathes Jordan, des Korvetten-Kapitäns von Kries, des Kanzleichefs Schmettau und von etwa zweihundert Gästen statt. Der Lordmayor führte den Vorsitz und brachte einen Toast auf den deutschen Kaiser aus, welcher von allen Engländern hochgehalten werde; unter stürmischen Hochrufen spielte die Kapelle die „Wacht am Rhein". Der Kaiser hatte zum Besten des Vereins 50 Pfd. St. gespendet. An der Tafel wurden 1590 Pfund Sterl. gesammelt.

London, 28. Febr. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Lima hat das peruanische Ministerium seine Entlassung eingereicht. Ein neues Kabinet ist bis jetzt noch nicht gebildet worden.

London, 1, März. Dem „Daily Chronicle" wird aus Moskau gemeldet, die russische Garnison in Kerki am Amu-Darja nahe der afghanischen Grenze sei beträchtlich verstärkt worden.

Nach einer Meldung der „Times" aus Philadelphia hat der Kongreß beschlossen, daß die diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten in dem Lande, in welchem dieselben beglaubigt sind, den gleichen offiziellen Titel wie die Vertreter der bezüglichen Staaten in den Vereinigten Staaten führen sollten.

Pera, 1 März. Die fünftägige Quarantäne, welche bisher für die Provenienzen aus Hamburg und den Elbe-Häfen bestand, ist aufgehoben und durch eine ärztliche Besichtigung ersetzt worden.

Athen, 1. März. Die Kammer nahm das Budget an und vertagte sich hierauf bis zum April.

Sofia, 1. März. Von der „Swoboda" wird, wie schon kurz gemeldet, ein Telegramm aus Tirnowo mit den Unterschriften des Vicepräsidenten der Sobranje und mehrerer Deputirten veröffentlicht, welches im Aufteagr von etwa 2000 Bewohnern des Distrikts abgesandt ist und meldet, die Bevölkerung wäre durch die unpatriotische Haltung des Metropoliten, namentlich in Folge seiner am 26. Februar aus Anlaß des Geburtstages des Prinzen Ferdinand gehaltenen aufrührerischen Rede äußerst erregt worden und hätte beschlossen, durch eine Deputation von dem Metropolitan Aufklärung und Garantien ür seine künftige Haltung zu verlangen. Da der Metropolit bei seiner bisherigen Haltung beharrte, sei er durch eine Deputation zwangsweise in das Peterpaulskloster geführt worden, der Schlüssel zur Metropolkirche sei dem Präfekten übergeben. Die Bevölkerung verlange um jeden Preis die Ersetzung des Metropoliten durch eine andere Persönlichkeit.

Washington, 1. Marz. Die juristische Kommission der Repräsentantenkammer hat den Bericht ihrer Unterkommission angenommen, welche eine Enquête über den Whisky-Trust angestellt hat. Der Bericht empfiehlt den Eingangszoll auf Getränke von 2½ Dollars auf 1 Dollar pro Gallone herabzusetzen und den Zoll auf Waaren stets dann herabzusetzen, wenn dieselben durch einen Trust oder eine andere ähnliche Vereinigung beeinflußt würden.

Newyork, 1. März. In Bestätigung anderweitiger Meldungen veröffentlicht der „Newyork Herald" ein Telegramm aus Washington, wonach jede Hoffnung auf Genehmigung der Annexion Hawaiis durch den Senat vorläufig gescheitert sei, da der Sennt es abgelehnt habe, bis zum Regierungsantritte Klevelands ferner vollziehende Sitzungen zu halten.

Rom, 2. März. Der Senat verwarf bei Berathung des Regierungsentwurfes betreffend die Beförderungen in der Armee ungeachtet der lebhaften Vertheidigung durch den Kriegsminister den Artikel, welcher die Einführung einer Altersgrenze für Offiziere aller Grade bezweckte. In Folge dieser Abstimmung ersuchte der Kriegsminister den Senat, die Weiterberathung zu suspendiren. Die Sitzung wurde geschlossen.

Paris, 2. März. Die Wittwe des ehemaligen Präsidenten Grevy ist gestern Abend 8 Uhr gestorben.

Dour, 2. März. In den einer Gesellschaft in Grand Bouillon gehörigen Gruben „Soule" u. „Wartan" fand eine Explosion schlagender Wetter statt, zwei Personen wurden getödtet, vier verwundet.

Birmingham, 2. März. Die gestrige Konferenz des Bergarbeiter-Verbandes verwarf den Vorschlag des Exekutiv-Ausschusses, behufs Einschränkung der Produktion die Arbeit in allen Bergwerken vier Wochen lang einzustellen. Der Antrag, eine gewisse Zeit hindurch nur vier Tage in der Woche zu arbeiten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1893.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Tem. i. Cels. Grad.
1. Nachm. 2	762,1	SSO leiser Z.	heiter	+ 5,2
1. Abends 9	757,9	SO schwach	zieml. heiter	+ 1,5
2. Morgs. 7	751,7	S leicht	bedeckt ¹)	+ 2,5

¹) Nachts Regen, früh Nebel.

Am 1. März Wärme-Maximum + 5,6° Cels.
Am 1. „ Wärme-Minimum + 1,2° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 1. März Morgens 3,72 Meter
„ „ 1. „ Mittags 3,74 „
„ „ 2. „ Morgens 3,80 „

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Petersburg, 1. März. Wechsel auf London 94,15, Russ. II. Orientanl. 102⅞, do. III. Orientanl. 104¾, do. Bank für ausw. Handel 285, Petersburger Diskonto-Bank 477, Warschauer Diskonto-Bank —, Petersb. internat. Bank 445, Russ. 4½proz. Bodenkreditpfandbriefe 151, Gr. Russ. Eisenbahn 245, Russ. Südwestbahn-Akten 117.

Rio de Janeiro, 28. Febr. Wechsel auf London 13⅛.

Buenos-Ayres, 28. Febr. Goldagio 217,00.

Produkten-Kurse.

Köln, 1. März. (Getreidemarkt.) Weizen loko hiesiger 16,00, do. fremder loko 17,75, per März 16,30, per Mai 16,60. Roggen hiesiger loko 15,00, fremder loko 16,75, per März 14,05, per Mai 14,25. Hafer hiesiger loko 14,75, fremder —,—. Rüböl loko 56,50 per Mai 53,70, per Okt. 53,70. Wetter: Schön.

Bremen, 1. März. (Börsen Schlußbericht) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Nottr. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Fester. Loko 5,25.

Baumwolle. Stetig. Upland middl. loko 48 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung p. März 47¼ Pf., p. April 47¾ Pf., p. Mai 48 Pf., p. Juni 48¼ Pf., p. Juli 48½ Pf., per August 48¾ Pf.

Schmalz. Fest. Shafer — Pf., Wilcox 59 Pf., Choice Grocery 59 Pf., Armour 59 Pf. Rohe u. Brother (pure) — Pf. Fairbanks 53 Pf., Cudahy 59.

Wolle. Umsatz 64 Ballen.

Speck. Ruhig. Loko Short clair middl. 51.

Tabak. Umsatz: 9800 Packen St. Felix, 197 Seronen Carmen, 60 Packen Türkei.

Bremen, 1. März. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 159 Br., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 117 bez.

Hamburg, 1. März. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig holsteinischer loko neuer 152—156. — Roggen loko ruhig mecklenb. loko neuer 133—134 russischer loko ruhig, transito 108 nom. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) matt, loko 53. — Spiritus loco ruhig, per März 23 Br., per März-April 23⅜ Br., per April-Mai 23⅜ Br., Mai-Juni 22½ Br. — Kaffee ruhig. Umsatz — Sack. — Petroleum loco fest, Standard white loko 5,20 Br., per August-Dezember 5,15 Br. — Wetter: Schön.

Hamburg, 1. März. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per März 85, per Mai 82½, per Sept. 82½, per Dez. 81. Ruhig.

Hamburg, 1. März. Zuckermarkt. Schlußbericht. Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per März 14,00, per Mai 14,24, per Sept. 14,30, per Dez. 12,97½. Ruhig.

Pest, 1. März. Produktenmarkt. Weizen ruhig, per Frühjahr 7,35 Gd., 7,37 Br., per Herbst 7,49 Gd., 7,51 Br. Hafer per Frühjahr 5,54 Gd., 5,56 Br. Mais per Mai-Juni 4,72 Gd. 4,77 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,60 Gd., 11,70 Br. — Trübe.

Paris, 1. März. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen beh., p. März 21,50, p. April 21,75, p. Mai-Juni 20,00, p. Mai-August 22,10. — Roggen beh., per März 13,70, per Mai-August 14,30. — Mehl fest, per März 47,50, per April 47,70, p. März-Juni 48,20, per Mai-August 48,60. — Rüböl fest, per März 59,75, per April 60,00, per Mai-August 60,75, p. Sept.-Dez. 60,75. — Spiritus ruhig, per März 47,50, per April 47,50, p. Mai-August 47,50, per Sept.-Dez. 43,50. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 1. März. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 38,25 à 38,50. Weißer Zucker weich., Nr. 3, per 100 Kilo per März 40,25, per April 50,50, per Mai-August 41,00, per Okt.-Dez. 36,75.

Havre, 1. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß unverändert.

Rio 7 000 Sack, Santos 17 000 Sack Rezettes für gestern.

Havre, 1. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 105,75, per Mai 103,25, p. Sept. 103,00. Ruhig.

Amsterdam, 1. März. Bancazinn 55½.

Amsterdam, 27. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per März 170, per Mai 174. Roggen loko geschäftsl. do. auf Termine sehr fest per März 128, p. Mai 126. — Rüböl loko 28, per Mai 27¼, dto. per Herbst 27¼.

Antwerpen, 1. März. (Telegr. der Herren Wilkens und Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., April 4,62½, Juli 4,75 Verkäufer.

Antwerpen, 1. März. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅝ bez. und Br., per Febr. 12⅝ Br., p. März-April 12⅝ Br., per Sept.-Dez. 12⅞ Br. Fest.

London, 1. März. 96 pCt. Javazucker loko 16½ ruhig, Rüben-Rohzucker loko 14 ruhig. Wetter: —.

London, 1. März. Chili-Kupfer 45¾, per 3 Monat 46½.

London, 1. März. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Veränderlich.

London, 1. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Sämmtliche Getreidearten geschäftslos, Preise nominell, unverändet, russischer Hafer zu ¼ sh. niedrigere Abgeber. — Wetter: Veränderlich.

Leith, 1. März. Getreidemarkt. Markt fortgesetzt gedrückt ohne Werthveränderung.

Hull, 28. Febr. Getreidemarkt. Weizen ruhig.

Glasgow, 1. März. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 40 sh. 6½ d.

Liverpool, 1. März, Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 7 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Fester.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 4⁵⁵⁄₆₄ Verkäuferpreis, April-Mai 4⅞ Käuferpreis, Mai-Juni 4²⁹⁄₃₂ do., Juni-Juli 4¹⁵⁄₁₆ Verkäuferpreis, Juli-August 4¹⁵⁄₁₆ Käuferpreis, August-September 4⁶¹⁄₆₄ Werth, Septbr.-Oktober 4⁵⁷⁄₆₄ Verkäuferpreis, Okt.-Nov. 4⁵⁵⁄₆₄ d. Werth.

Liverpool, 1. März, Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 7000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 B. Amerikaner fester, Surats unverändert.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 4⁵³⁄₆₄ Verkäuferpreis, Mai-Juni 4⅞ do., Juli-August 4⁵⁹⁄₆₄, Käuferpreis, Septbr.-Oktober 4²⁷⁄₃₂ d. do.

Newyork, 28. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9⁵⁄₁₆, do. in New-Orleans 8¹⁵⁄₁₆. Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5,25 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,50, do. Pipeline Certifikates, pr. März 64. Stetig. Schmalz loko 13,00, do. Rohe u. Brothers 13,25. Zucker (Fair refining Muscovad.) 3. Mais (New) p. Febr. —, p. März 51¾, p. Mai 50⅛. Rother Winterweizen loko 78¼. Kaffee Rio Nr. 7, 18⅛. Mehl (Spring clears) 2,65. Getreidefracht 1½. — Kupfer 12,00 nom. Rother Weizen per Febr. —,—, per März 76¾, per Mai 79¼, per Juli 81. Kaffee Nr. 7 low ord. p. März 17,60, p. Mai 16,95.

Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 5 670 578 Dollars gegen 4 772 844 Dollars in der Vorwoche.

Chicago, 28. Febr. Weizen per Febr. 73¾, per Mai 76⅛, Mais per Februar 40¼. Speck short clear 10,50. Pork per Februar 18,00.

Newyork, 1. März. Weizen pr. März 76¼ C. pr. April 77¾ C.

Berlin, 2. März. Wetter: Regnerisch.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 1. März. Die heutige Börse eröffnete wieder in recht fester Haltung und mit zumeist höheren Kursen auf spekulativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen ziemlich günstig lauteten. Das Geschäft entwickelte sich Anfangs auf fast allen Gebieten ziemlich lebhaft und die Kurse konnten bei sehr zurückhaltendem Angebot weiter anziehen. Im späteren Verlaufe des Verkehrs schwächte sich die Haltung allgemein wieder etwas ab infolge von Realisationen und der Börsenschluß blieb schwach. Der Kapitalsmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen bei normalen Umsätzen. Deutsche Reichs- und Preußische konsol. Anleihen durchschnittlich gutbehauptet, 3proz. fester. Fremde, festen Zins tragende Papiere waren gleichfalls ziemlich fest und zumeist ruhig; Italiener etwas besser; Russische Noten schwankend. Der Privatdiskont wurde mit 1⅝ Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen Oesterr. Kreditaktien zu Anfangs höherer, schließlich ermattender Notiz ziemlich lebhaft um; Lombarden und andere Oesterreichische Bahnen behauptet, Gotthardbahn und andere Schweizerische Bahnen schwach. Inländische Eisenbahnaktien fester und lebhafter, besonders Lübeck-Büchen, Marienburg-Mlawka, Ostpreußische Südbahn und Mainz-Ludwigshafen. Bankaktien fest; die spekulativen Devisen wie Diskonto-Kommandit-, Berliner Handelsgesellschafts-Antheile, Aktien der Deutschen und Darmstädter Bank Anfangs höher und belebt, später wieder nachgebend. Industriepapiere ziemlich fest, zum Theil etwas höher und lebhafter; Montanwerthe Anfangs fester und lebhafter, schließlich der Gesammttendenz entsprechend abgeschwächt.

Produkten-Börse.

Berlin, 1. März. In Newyork war Weizen gestern nach höherem Anfang unverändert. Bei dem etwas kälteren Wetter war die hiesige Börse heute auf stärkere Prämienabschlüsse im Allgemeinen fest. Weizen zog bei stillem Geschäft etwa 1½ M. an. Roggen etwas lebhafter, die Preise schwankten auf einem um ¼ bis ¾ M. erhöhten Niveau. Hafer ebenfalls etwas mehr umgesetzt und ½ M. höher. Rüböl in besseren Umsätzen zu um ca. ½ M. besseren Preisen. Von Spiritus fand die Lokozufuhr durch Fabrikanten zu um 20 Pfennig höheren Preisen Aufnahme; auch Termine zogen etwas an, doch war das Geschäft still, da Inhaber zurückhielten. Nach Schluß des offiziellen Verkehrs war die Getreidebörse sehr fest, Roggen stieg bis ¼ Mk. über gestrigen Schlußwerth.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. Loko still. Termine im Verlaufe höher. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 140—156 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 150 M., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 152—151,75—153 bez., per Mai-Juni 153,5—153,25 bis 154,5 bez., per Juni-Juli 155,25—155—156,25 bez., per Juli-August 156,25—156—157 bez., per Sept.-Okt. —.

Roggen per 1000 Kilogr. Loko mäßiger Handel. Termine höher. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis —. Loko 124—134 M. nach Qual., Lieferungsqualität 128,5 M., inländischer guter 128—129,5 bez., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 132,5—132—133 bez., per Mai-Juni 133,75—134,5 bez., per Juni-Juli 135—135,5 bez., per Juli-August —.

Gerste per 1000 Kilogramm. Fest. Große und kleine 138 bis 175, Futtergerste 115—135 Mk. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogr. Loko unverändert. Termine schließen fest. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 139—157 M. nach Qual. Lieferungsqualität 141 M. Pommerscher und preußischer mittel bis guter 140—143 bez., feiner 144—148 bez., schlesischer mittel bis guter 141—144 bez., feiner 145—149 bez., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 140,5—141 bez., per Mai-Juni 141,25 bez., per Juni-Juli 141,75 bez.

Mais per 1000 Kilogr. Loko unverändert. Termine höher. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 122—132 M. nach Qual., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 109,5 bez., per Mai-Juni 109 M., per Juni-Juli —, per Juli-August —, per Sept.-Okt. —.

Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 160—205 M. nach Qual., Futterwaare 137—149 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine fester. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat —, per April-Mai 17,35—17,45 bez., per Mai-Juni 17,5—17,60 bez., per Juni-Juli 17,65—17,75 bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack, per diesen Monat 19,75 M. — Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack per diesen Monat 10,60 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sack, per diesen Monat 19,75 M.

Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß. Steigend. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß — M., ohne Faß — M., per diesen Monat 52,4 M., per April-Mai 51,8—52,4 bez., per Mai-Juni 51,8—52,4 bez., per Sept.-Okt. 51,8—52,5 bez.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt —. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 54,1 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis —. Loko ohne Faß 34,4 bez., per August-Sept. 36,4—36,6 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe Fest und höher. Gekündigt 20 000 Liter. Kündigungspreis 33,4 M. Loko mit Faß —, per diesen Monat 33,2—33,4 bez., per März-April 33,2—33,4 bez., per April-Mai 33,7—34—33,9 bez., per Mai-Juni 33,9—34,3 bis 34,2 bez., per Juni-Juli —, per Juli-August —, per August-Sept. 35,5—35,8—35,7 bezahlt.

Weizenmehl Nr. 00 21,75—19,75 bez., Nr. 0 19,50—17,50 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17,50—16,50 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 18,50—17,50 bez., Nr. 0 1,50 Mk höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Dol. = 4¼ M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. 2 M 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 P.

Bank-Diskonto Wechselv. 1. März.

Amsterdam	2½	8 T.	169,30 bz
London	3½	8 T.	20,43⁵ bz
Paris	2½	8 T.	81,20 G.
Wien	4	8 T.	168,55 bz
Petersburg	4½	3 W.	214,60 bz
Warschau	4½	8 T.	215,00 bz

In Berl. 3. Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1⅝ G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,39 G.
20 Francs-Stück	
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,43 G.
Franz. Not. 100 Frcs.	81,45 bz B.
Oestr. Noten 100 fl.	168,60 bz
Russ. Noten 100 R.	215,20 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	107,90 B.
do. do.	3½	101,30 G.
do. do.	3	87,90 bz
Prss. cons. Anl.	4	107,70 bz
do. do.	3½	101,40 G.
do. do.	3	87,90 bz
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	102,40 bz
Sts.-Schld-Sch.	3½	100,10 G.
Berl. Stadt-Obl.	3½	98,75 bz
do. do. neue	3½	98,90 G.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	97,10 B.
Pfandbriefe: Berliner	5	114,60 G.
do.	4½	108,30 G.
do.	4	104,25 G.
do.	3½	99,25 G.
Ctrl. Ldsch	4	102,50 G.
do. do.	3½	98,90 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3½	98,80 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	98,10 B.
Pommer.	3½	99,30 bz
do.	4	105,00 G.
Posensch.	4	102,80 bz
do.	3½	98,25 G.
Schls. altl.	3½	98,90 B.
do. do.	4	
ldschLt.A	3½	98,90 B.
do.	4	
do. neudo.	3½	98,90 B.
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3½	98,10 G.
do. neul. II.	3½	98,10
Rentenbriefe: Pommer.	4	103,30 bz
Posensch.	4	103,30 G.
Preuss.	4	103,30 G.
Schles.	4	103,30 bz
Bad. Eisenb.-A.	4	105,10 G.
Bayer. Anleihe	4	107,40 G.
Brem. A. 1892	3½	98,80 bz G.
Hmb. Sts. Rent.	3½	99,00 G.
do. do. 1886	3	87,00 G.
do. amort. Anl.	3½	98,60 G.
Sächs. Sts. Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	88,50 G.
Prss. Präm-Anl.	3½	
H. Pr.-Sch. 40 T	—	
Bad. Präm.-An.	4	140,30 G.
Bayr. Pr.-Anl.	4	Ziehung.

Brnsch. 20 T. L.	—	Ziehung
Cöln-M. Pr.-A.	3½	134,50 bz
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50 T.-L.	3	137,20 B.
Lüb. 50 T.-L.	3½	129,70 B.
Mein. 7 Guld-L.	—	28,60 G.
Oldenb. Loose	3	128,25 G.

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	44,10 bz G.
do. do.	5	44,75 bz G.
Bukar. Stadt-A.	5	97,90 bz G.
Buen. Air. Obl.	5	35,50 G.
Chines. Anl.	5½	105,60 G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	93,50 G.
do. do.	4	100,10 bz
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	58,50 bz
Griech. Gold-A	5	72,00 bz G.
do. cons. Gold	4	54,70 bz
do. Pir.-Lar.	5	64,40 bz B.
Italien. Rente	5	93,60 bz
Kopenh. St.-A.	3½	93,60 G.
Lissab. St. A. I. II	4	51,75 bz G.
Mexikan. Anl.	6	83,90 bz
Mosk. Stadt-A.	5	68,20 G.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	89,70 G.
Oest. G.-Rent.	4	99,10 B.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	83,20 B.
do. do.	5	84,30 bz
do. Silb.-Rent.	4⅕	83,20 bz B.
o. 250 Fl. 54.	4	128,70 bz
do. Kr 100 (58)	—	339,80 bz
do. 1860er L.	5	128,90 bz
do. 1864er L.	—	Ziehung.
Poln. Pf-Br. I-V	5	67,75 bz G.
do. Liq.-Pf.-Br	4	65,90 G.
Portugies. Anl. 1888—89	—	32,75 bz
Raab-Gr. Pr.-A.	4	95,50 bz G.
Röm. Stadt-A.	4	90,10 bz G.
do. II. III. VI.	4	85,30 G.
Rum. Staats-A.	4	84,70 bz
do. Rente 90	4	85,00 B.
do. do. fund.	5	102,80 G.
do. do. amort.	5	98,50 bz
Rss. Eng. A. 1822 (Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	
do. 1887	4	64,75 bz
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	104,20 B.
do. 1884 stpfl.	5	106,50 bz G.
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	68,90 bz
III. Orient 1879	5	70,00 bz G.
Nikolai-Obl	4	99,20 G.
Pol. Schatz-O.	4	96,00 G.
Pr.-Anl. 1864.	5	
do. 1866.	5	
Bodkr.-Pfdbr.	5	107,10 G.
do. neue.	4½	101,25 bz G.
Schwedische	3½	
Schw. 1890	3½	
do. d. 1888	3	88,00 G.
Schw. Hyp.-Pf.	4½	
Serb. Gld-Pfdb.	5	
do. Rente	5	80,40 bz G.
do. neue 85	5	80,30 bz G.
Stockh. Pf. 85.	4½	102,60 bz G.
do. St.-Anl. 85	4	102,00 G.
Span. Schuld.	4	64,30 bz G.
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	22,70 G.
do. Consol. 90	4	76,30 bz
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	95,00 bz
do. Eg Trib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	97,75 bz G.
do. Gld.-Inv.-A.	5	102,00 G.
do. do. do.	4½	101,50 G.
do. Papier-Rnt.	5	85,10 bz
do. Loose	—	270,30 G.
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,25 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	65,60 bz G.
Altenbg.-Zeitz	—	203,90 bz
Crefelder	4	87,50 bz G.
Crefld-Uerdng	0	67,00 G.
Dortm.-Ensch.	—	109,00 bz
Eutin. Lübeck	—	45,80 bz
Frnkf.-Güterb.	—	74,00 bz G.
Ludwsh.-Bexb.	9⅘	225,75 bz
Lübeck-Büch.	—	145,50 bz
Mainz-Ludwsh	—	116,90 bz
Marnb.-Mlawk.	—	70,75 bz G.
Meckl. Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,90 bz
Ostpr. Südb.	—	79,75 bz
Saalbahn	—	26,75 bz G.
Stargrd-Posen	4½	102,50 G.
Weimar-Gera	—	16,80 G.
Werrabahn	—	71,60 bz
Albrechtsbahn	1	
Aussig-Teplitz	—	443,00 G.
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	82,50 bz
Buschtherader		205,25 G.
Canada Pacifb.	5	83,00 bz G.
Dux-Bodenb.	—	
Galiz. Karl-L.	4½	92,60 G.
Graz-Köflsch.	—	116,40 G.
Kaschau-Od.	4	80,50 bz G.
Kronpr. Rud.	4¾	84,40 bz
Lemberg-Cz.	6½	110,10 G.
Oester. Staatsb	4	
do. Lokalb.	—	91,75 bz
do. Nordw.	4¾	93,20 bz
do. Lit. B. Elb.	—	107,30 bz
Raab-Oedenb.	—	29,90 bz
Reichenb.-P.	3,81	83,40 G.
Südöstr. (Lb.)	—	51,70 bz
Tamin-Land	0	2,40 G.
Ungar.-Galiz.	5	86,75 bz
Balt. Eisenb	3	68,00 G.
Donetzbahn	5	103,25 G.
Ivang. Domb.	5	104,50 bz
Kursk-Kiew	12,50	
Mosco-Brest	3	
Russ. Staatsb.	6,56	78,50 G.
do. Südwest.	5,45	
Wrsch.-Teres.	5	102,60 G.
Wrsch.-Wien.	—	
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	—	
Gotthardbahn	—	159,90 bz
Ital. Mittelm.	5	103,60 bz
Ital. Merid.-Bah	7 1/5	130,20 bz
Lüttich-Lmb.	—	24,50 G.
Lux. Pr. Henri	—	69,80 G.
Schweiz. Centr	—	126,75 bz
do. Nordost	—	113,10 bz
do. Unionb.	—	79,20 bz
do. Westb.		
Westsicilian.		65,50 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	4½	114,25 G.
Bresl.-Warsch.	—	57,25 bz G.
Czakat.-St.-Pr.	5	
Dux-Bodnb AB.	—	
Paul-Neu-Rup.	5	111,50 G.
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	—	91,75 B.
Dortm.-Gron.	—	115,90 G.
Marienb Mlawk	—	112,25 bz G.
Mecklb. Südb.	—	26,50 bz G.
Ostpr. Südb.	—	111,00 bz G.
Saalbahn	—	94,00 G.
Weimar-Gera	—	87,75 G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Breslau-Warschauer Bahn	5	
Gr. Berl. Pferde Eisenbahn	4	102,00 bz
Oberschl.	3 1/5	
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4½	
do. do.	3½	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	90,50 bz
Busch Gold-O.	4½	103,50 B.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-Prag G-Pr.	5	
do.	4	100,70 G.
Franz.-Josefb.	4	
GalK Ludwgb g	4½	
do. do. 1890	4	82,10 bz G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	98,80 bz G.
Kronp Rudolfb.	4	82,50 G.
do. Salzkammg	4	101,90 G.
Lmb Czern. stfr	4	81,90 bz
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g.	3	84,75 bz G.
do. Staats-I. II.	3	109,10 G.
do. Gold-Prio.	4	102,10 bz
do. Lokalbahn	4½	86,00 G.
do. Nordwestb.	5	93,00 bz B.
do. NdwB. G-Pr	5	
do. Lt. B. Elbth.	5	92,70 B.
Raab-Oedenb. Gold-Pr	3	70,00 B.
Reichenb.-Pr. (SNV)	5	
Rchb Gold-Prior.	4	
Südöst-B. (Lb.)	3	65,70 G.
do. Obligation.	5	104,80 G.
do. Gold-Prior.	4	99,00 bz G.
Baltische gar.	5	
Brest-Grajewo ar	5	99,50 bz G.
Gr. Russ. Eis. g	3	79,70 G.
Ivang.-Dombr. g.	4½	101,40 bz G.
Kozlow-Wor. g.	4	93,10 bz
do. 1889	4	94,40 bz
do. Chark. As. (O)	4	93,30 G.
do. (Oblig.) 1889	4	94,40 bz
Kursk-Kiew conv	4	94,50 G.
Losowo-Sebast.	5	
Mosco-Jaroslaw	5	68,25 bz
do. Kursk gar.	4	
do. Rjäsan gar.	4	95,40 bz
do. Smolensk g.	5	102,90 bz
Orel-Griasy conv	4	93,40 bz
Poti-Tiflis gar.	5	106,00 B.
Rjäsan-Kozlow g	4	94,30 bz
Rjaschk-Morcz. g	5	102,40 bz
Rybinsk-Bolog.	5	
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	95,40 bz
Transkaukas. g.	3	79,30 bz
Warsch.-Ter. g.	5	103,20 bz
Warsch.-Wien n.	4	99,40 bz
Wladikawk. O. g.	4	94,70 G.
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	92,40 bz G.
Gotthardbahn ov.	4	102,75 bz
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	86,00 G.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	58,60 bz G.
Süd-Ital. Bahn	3	60,75 B.
Serb. Hyp.-Obl.	5	83,00 bz G.
do. Lit. B.	5	80,60 bz G.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	100,40 B.
Northern Pacific	6	113,60 bz G.
San Louis-Franc.	6	107,90 bz
Southern Pacific	6	111,50 G.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	94,00 G.
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	113,30 bz
do. do. II.	3½	108,40 bz G.
do. do. III. abg.	3½	99,90 bz G.
do. do. IV. abg.	3½	99,90 bz G.
do. do. V. abg.	3½	94,25 G.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	113,00 G.
do. do.	4	103,00 bz G.
do. do.	3½	96,00 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do. (unkündbar bis 1./1. 1900)	4	103,00 bz
do. do. (rz 100)	3½	95,40 G.
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,25 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	130,90 bz
Pomm. Hypoth.-Akt. B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,50 bz G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	114,30 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,60 G.
do. do. (rz. 115)	4½	116,00 bz
do. do. X. (rz. 110)	4½	111,90 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,30 bz
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	101,70 B.
do. do. (rz. 100)	3½	97,50 bz G.
do. do. kündb. 1900	4	104,00 bz G.
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	96,00 bz G.
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	102,00 G.
do. do. (rz. 100)	3½	97,50 bz G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	103,00 bz G.
do. do. do.	3½	97,40 bz G.
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	102,25 G.
do. do. (rz. 100)	3½	96,50 G.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4½	106,10 G.
do. do. (rz. 110)	4	
do. do. (rz. 100)	4	101,25 bz G.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	—	69,30 bz G.
Berl. Cassenver.	4½	132,50 G.
do. Handelsges.	—	153,90 bz
do. Maklerver.	8½	130,80 G.
do. Prod-Hdbk.		110,00 G.
Börsen-Hdlsver.	6½	137,00 B.
Bresl. Disc.-Bk.	—	99,00 bz G.
do. Wechslerbk.	—	98,25 G.
Danz. Privatbank	—	132,00 bz G.
Darmstädter Bk.	—	147,00 bz
do. do. Zettel	—	
Deutsche Bank	—	172,00 bz
do. Genossensch	—	119,50 bz G.
do. Hp. Bk. 60 pCt	—	117,60 G.
Disc.-Command	—	198,20 bz
Dresdener Bank	—	158,00 bz G.
Gothaer Grundcreditbank	—	91,30 bz
Internat. Bank	—	
Königsb. Ver.-Bk	—	98,25 bz
Leipziger Credit	4¾	171,50 bz
Magdeb. Priv.-Bk	—	107,75 bz G.
Maklerbank	5	115,30 G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	—	136,00 G.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	—	111,00 bz B.
Mitteld. Crdt.-Bk.	—	105,75 bz
Nationalbk. f. D.	—	123,90 bz
Nordd. Grd.-Crd.	—	84,00 bz B.
Oester. Credit-A	—	185,50 bz
Petersb. Disc.-Bk	—	
do. Intern. Bk.	—	
Pomm. Vorz.-Akt	—	113,25 bz G.
Posen. Prov.-Bk.	—	
Pr. Bodencr.-Bk.	—	130,50 bz G.
do. Cnt-Bd 60 pCt	—	160,00 bz
do. Hyp.-Akt.-Bk	—	120,50 bz G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	—	104,00 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	219,50 bz
do. Leihhaus	—	93,25 G.
Reichsbank	7,55	150,00 bz
Russische Bank	—	76,30 bz B.
Schles. Bankver.	—	117,40 bz
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	7½	142,60 bz G.
Anglo Ct. Guano	—	159,00 bz
Bauges. Berl.-Charl.	7 1/5	1010,00 bz G.
Bauges. City St.-Pr.	—	79,50 G.
Bauges. Dtsche. Bau	—	79,40 bz G.
Bauges. Hann. St.-P.	—	74,00 G.
Bauges. Humb.	6	129,00 G.
Moabit	8	134,00 G.
Passage	3½	72,00 bz G.
U. d. Linden	0	11,30 bz
Berl. Elekt.-W.	9	143,50 bz G.
Berl. Lagerhof	0	90,00 bz G.
do. do. St.-Pr	3	121,50 bz G.
Ahrens Br., Mot.	0	58,50 bz G.
Berl. Bock-Br.	0	46,50 bz G.
Schultheiss-Br.	16	239,25 bz G.
Bresl. Oelw.	3	92,25 bz G.
Deutsche Asph.	4	87,00 B.
Dynamit Trust	11	145,00 bz
Erdmannsd. Sp.	6	102,60 bz
Fraust. Zucker	0	94,50 bz G.
Glauz. Zucker	12	114,60 bz
Gummi Harburg-Wien	20	275,25 bz G.
do. Schwanitz	0	181,00 bz G.
do. Voigt Winde	8	133,00 bz G.
do. Volpl. Schldt.	5	95,00 bz G.
Hemmoor Cem.	4	108,25 bz G.
Köhlm. Strk.	4	
Körbisdf. Zucker	12	119,50 bz B.
Löwe & Co.	18	264,00 bz
Bresl. Linke	13½	153,25 bz
do. Hofm.	13½	144,00 bz G.
Germ. Vrz.-Akt.	6	85,00 bz G.
Görlitz ov.	8	117,60 bz G.
Görl. Lüdr.	10	148,70 B.
Grusonwerk	10	197,50 bz G.
H. Pauksch	2	63,25 G.
Schwarzkopff	18	251,25 bz G.
Stettin-Vulk.-B.	9	114,10 bz G.
Sudenburg	24	216,60 G.
O.-Schl. Cham.	3	74,10 G.
do. Port.-Cem.	5½	71,25 bz G.
Oppeln. Cem.-F.	5½	90,50 bz G.
do. (Giesel)	6	78,80 bz
Gr. Berl. Pferdb.	12½	231,60 bz G.
Hamb. Pferdeb.	4	95,00 bz G.
Potsd. ov. Pfrdb.	4½	93,00 bz
Posen. Sprit-F.	4	96,00 G.
Rositzer Zucker	3	64,50 bz
Schles. Cem.	9½	125,75 bz
Stett. Bred. Cem.	4	87,75 bz
do. Chamott.	15	205,00 bz G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	13⅓	135,00 bz G.
Berzelius	12	125,00 bz G.
Bismarckhütte	8	146,00 bz G.
Boch. Gusst.-F.	6½	140,10 bz B.
Donnersmarck	—	87,40 bz G.
Dortm. St.-Pr. A.	1	65,80 bz B.
Gelsenkirchen	12	155,90 bz
Hibernia	12	126,10 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	—	43,00 bz G.
Inowracl. Salz	0	47,10 bz G.
König u. Laura	4	108,75 bz G.
Lauchham. ov.	6	105,10 bz G.
Louis. Tief. St.-Pr	4	113,00 bz B.
Oberschl. Bd.	2	55,00 bz G.
do. Eisen-Ind.	6	133,50 bz
Redenh. St.-Pr.	—	8,50 bz B.
Riebeck. Mont.	15	172,30 bz G.
Schles. Kohlw.	0	25,25 bz G.
do. Zinkhütte	18	182,60 bz
do. do. St.-Pr.	18	182,60 bz
Stolb. Zink-H.	2	40,75 bz G.
do. St.-Pr.	7	109,25 G.
Tarnowitz ov.	—	
do. do. St.-Pr.	0	36,50 G.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.